

**Antwort
der Bundesregierung**

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Konrad Weiß (Berlin), Werner Schulz (Berlin) und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
— Drucksache 12/5243 —

Der „Flood Action Plan“ für Bangladesh

Aufgrund zweier außergewöhnlich heftiger und langandauernder Überflutungen Bangladeshs in den Jahren 1987 und 1988 stellte die Weltbank im November 1989 nach Aufforderung eines vorangegangenen G-7-Treffens die Studie „Flood Control in Bangladesh. A Plan for Action“ (verkürzt: FAP) vor. Der FAP stellt den Versuch einer Synthese zwischen mehreren Konzeptstudien aus der Feder von Frankreich, dem UNDP, der USA und Japan dar.

Die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich auf bilateraler Ebene (Kreditanstalt für Wiederaufbau) und zusammen mit multilateralen Geberorganisationen (EG, Weltbank, UNDP) am FAP für Bangladesh. Für die erste Phase des in den möglichen Ausmaßen und im Ansatz an das indische Narmada-Projekt erinnernde Flut-Kontroll-Projektes (1990 bis 1995) stellt die Bundesregierung allein etwa 65 Mio. DM zur Verfügung. Die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich an zwei der 26 Komponenten des FAP, einem Großpolder-Testprogramm gemeinsam mit den Niederlanden und einem Testprogramm zur Verbesserung von Erosionsschutzmaßnahmen am Jamuna gemeinsam mit Frankreich.

Dieser erste Bauabschnitt ist von der Weltbank schwerpunktmäßig als Test- und Pilotphase gedacht. Die Weltbank tritt nun als Koordinatorin zahlreicher Einzelprojekte verschiedener Geber auf und nimmt dabei eine stärkere Gewichtung zugunsten struktureller Flutkontrollmaßnahmen in ihrem Plan vor. Dies würde auf Tausenden von Kilometern die Volleindeichung entlang der Flüsse Brahmaputra (heißt in Bangladesh Jamuna), Ganges, Padma und Meghna und die Einteilung des Hinterlandes in Polder von 10 000 bis 50 000 ha Größe bedeuten. Mehrere Millionen Menschen müßten nach Schätzungen von Wissenschaftlern umgesiedelt werden. Bereits seit geraumer Zeit wird bei den am FAP beteiligten Gebern und vor allem bei der betroffenen Bevölkerung Bangladeshs erhebliche Kritik an der grundsätzlichen Konzeption und der Perspektive des FAP laut. Besonders ökologische und soziale Bedenken, aber auch die Frage der Wirtschaftlichkeit, der technischen Machbarkeit und der Partizipation der Bevölkerung am FAP, geben Anlaß zur Kritik.

Allgemeine Bemerkungen

Die Bundesregierung nimmt zu o. a. Anfrage grundsätzlich wie folgt Stellung:

Ein großer Teil der Fragen bezieht sich auf Konzepte und Maßnahmen, die zwar im Anschluß an die Flutkatastrophen von 1987 und 1988 diskutiert wurden, mittlerweile aber nicht mehr zur Debatte stehen. Hierauf hatte der Parlamentarische Staatssekretär Hans-Peter Repnik bereits bei der Behandlung des Flood Action Plan (FAP) in der 54. Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 12. Mai 1993 hingewiesen. Um weiteren Mißverständnissen vorzubeugen, ist folgendes klarzustellen:

- Ziel und Gegenstand des FAP ist nicht die „massive Eindeichung“ der großen Flüsse Bangladeschs und die Eindeichung des Hinterlandes in Großpoldern. Die 1989 vorgelegte Studie des „French Engineering Consortium“ (FEC) sah in der Tat derartige Maßnahmen vor, ist aber insoweit nicht mehr relevant. Eine Umsiedlung von mehreren Millionen Menschen ist weder beabsichtigt noch nötig. Auch kann nicht von einem „ersten Bauabschnitt“ mit schwerpunktmaßigem Test- und Pilotcharakter gesprochen werden.
- Ziel des FAP in seiner jetzigen Test-Phase ist die Suche nach erfolgversprechenden Konzepten, mit denen mittelfristig die negativen Auswirkungen ungewöhnlich starker Hochwasserüberflutungen auf Menschen, Landwirtschaft und Infrastruktur gemildert werden können.

Zur Zeit werden diese auf der Grundlage von Regionalstudien erarbeitet, in denen wasserwirtschaftlicher Status und Entwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Unterstützt werden diese Regionalstudien durch Tests und Untersuchungen zu ausgewählten sachrelevanten Themen, die in der Liste der FAP-Komponenten 10 bis 26 aufgeführt sind. Unter anderem wurden Richtlinien für die Umweltverträglichkeitsanalysen entwickelt, die obligatorischer Bestandteil aller FAP-Studien und Testvorhaben sind.

Mit zunehmender Gewinnung von Erkenntnissen – wie auch auf der letzten FAP-Konferenz in Dhaka im Mai 1993 deutlich wurde – haben sich auch die Fernziele des FAP verlagert. Großräumige Eindeichungen werden nicht mehr als realistische Option für zukünftige Maßnahmen gesehen. Aller Voraussicht nach werden sich die ersten konkreten Baumaßnahmen, die aus dem FAP hervorgehen, auf den Hochwasserschutz von Städten und wichtiger Infrastruktur (z. B. Häfen) konzentrieren.

Die Einrichtung von Poldern stellt im übrigen für Bangladesch kein neues Konzept dar. Schon lange vor dem Start des FAP existierten zahlreiche Polder verschiedener Größe in Bangladesch, die nicht mit massiven Eindeichungen verbunden sind. Die Deiche von Poldern, die am Rand von Flüssen liegen, dienen vor allem der Befestigung des Ufers und nicht der wasserbaulichen Abriegelung des Polders.

Auch im Bereich der Ufer- und Erosionsschutzmaßnahmen wird kein grundsätzlich neuer Ansatz verfolgt. Vielmehr führt Bangladesch solche Maßnahmen ohnehin bereits selbstständig durch. Die

durch FAP 21 gewonnenen Erkenntnisse sollen daher zu einer besseren Nutzung bereits vorhandener lokaler Ressourcen führen.

Die für den Wassersektor zuständigen bangladeschischen Behörden weisen erhebliche Schwächen auf und sind derzeit ein wesentlicher begrenzender Faktor für Planung und Durchführung von Investitionsprogrammen. Mittelfristig müssen hier erhebliche Verbesserungen vorgenommen werden. Die Regierung von Bangladesch arbeitet z. Z. mit Geberunterstützung an einem Konzept zur Verbesserung der institutionellen Leistungsfähigkeit im Wassersektor (FAP 26).

Die nächsten Schritte nach dem Abschluß der jetzigen Testphase des FAP (1 bis 26) sind voraussichtlich:

- Erarbeitung eines nationalen Wassernutzungsplanes und
- Schaffung der institutionellen Voraussetzungen für die Umsetzung der sich aus diesem Plan ergebenden Investitionsprogramme.

Nach Ansicht der Bundesregierung sind nur solche Projekte entwicklungspolitisch vertretbar, die von den bangladeschischen Behörden ohne ständige massive Unterstützung durch die Geber wirksam koordiniert und instand gehalten werden können.

Ein wichtiger Aspekt ist die bisher fehlende regionale Kooperation. Die natürlichen Grenzen Bangladeschs stimmen nicht mit den natürlichen Flußgebietsgrenzen überein. Ein wirksamer Hochwasserschutz erfordert daher langfristig die Zusammenarbeit der anderen Flussanrainerstaaten (China, Indien, Nepal, Bhutan). Leider waren bisher alle derartigen Versuche erfolglos. Dies gilt selbst für Frühwarnsysteme.

I. Technische Machbarkeit

1. Wie wird bei den langfristig geplanten massiven Flußeindeichungen der Problematik Rechnung getragen,
 - a) daß sich die Flußbetten der drei Ströme Ganges, Brahmaputra und Meghna ständig verschieben,
 - b) daß sich der Wasserspiegel der eingedeichten Flüsse durch Versandung und Ablagerung über das umgebende Land erheben könnte und im Falle des Deichbruchs für die Bevölkerung die Folgen katastrophal wären,
 - c) daß in der Vergangenheit aufgrund von Nachlässigkeit bei den Instandhaltungsarbeiten an den Deichen, Entwässerungssysteme nicht funktionierten und das Wasser aus den umliegenden Gebieten aufgrund der Eindeichung nicht ablaufen konnte,
 - d) daß Bauern aus Sorge um ihre Ernte sogenannte „public cuts“ vornehmen, um durch die Beschädigung der Deiche ihre Felder zu entwässern oder umgekehrt in der Trockenzeit dem Wasser Zugang zu den Anbauflächen zu verschaffen,
 - e) daß die Deiche beschädigt werden, weil Menschen ohne Landbesitz die Deiche als Zufluchtsorte benutzen, indem sie an deren Hinterseite kleine Plattformen für den Bau von Hütten graben?

Zu 1. a) bis e):

Vergleiche auch Ziffer I, Allgemeine Bemerkungen.

Der FAP beschränkt sich in der jetzigen Phase auf Studien und Tests, deren Ziel die Erarbeitung eines nationalen Rahmenplanes mit Projektkonzepten ist, die den angesprochenen Problemen Rechnung tragen.

II. Fehlende Partizipationsmöglichkeiten der Betroffenen

2. Welche Ergebnisse brachten die im Rahmen der von der Bundesregierung unterstützten Komponente 20 („Tangail Pilotprojekt“) des FAP von Januar bis Mai 1992 durchgeführten Feldstudien, im Rahmen derer die Bevölkerung ihre Meinung über die Gestaltung der Flutpolitik vorbrachte?

Wie beurteilt die Bundesregierung diese Ergebnisse?

- a) Wie wurde die Ablehnung großer Dammkonstruktionen und Flutkontrollmaßnahmen durch die Bevölkerung in die Konzeption des FAP eingearbeitet, und hatten die Ergebnisse der Untersuchung Einfluß auf die späteren Baumaßnahmen?
- b) Weshalb wurden bei der zweiten Befragung der Bevölkerung nichtstrukturelle Maßnahmen (Flutbunker, Vorwarn- und Evakuierungssysteme, Wiederaufforstungsprogramme, bessere medizinische Versorgung usw.) aus dem Fragenkatalog gestrichen?
- c) Mit welcher Begründung wurde der Zeitrahmen für die Befragung von ursprünglich drei Monaten auf drei Wochen gekürzt?
- d) Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, in einem solch kurzen Zeitraum seriöse Ergebnisse erzielen zu können?
- e) Hat die Bundesregierung Vorschläge gemacht, um eine tatsächliche Partizipation der betroffenen Bevölkerung an der Ausgestaltung des FAP zu schaffen und den offenen Zugang zu Informationen durch Nichtregierungsorganisationen zu gewährleisten?

Wenn ja, welche und mit welchem Erfolg?

Wenn nein, weshalb sieht die Bundesregierung hinsichtlich dieses Defizits keinen Handlungsbedarf?

Die Beteiligung der vom FAP betroffenen Menschen kann nur bei konkreten Projekten ansetzen. Hier können die Geber ihren Einfluß geltend machen.

Die Befragungen im Rahmen von FAP 20 hatten nicht „die Gestaltung der Flutpolitik“ auf nationaler Ebene zum Thema, sondern die Auslegung und den Betrieb des Tangail-Polders. Die Beurteilung der Befragungsergebnisse beschränkt sich hierauf.

Allerdings hat die Bundesregierung anlässlich der 1992er FAP-Konferenz – wie auch andere Geber – darauf hingewiesen, daß die Einbindung der Bevölkerung eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg aller Maßnahmen im Bereich des Hochwasserschutzes ist. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß bei der letzten FAP-Konferenz vom 17. Mai bis 20. Mai 1993 in Dhaka zahlreiche bangladeschische Parlamentsabgeordnete und Journalisten anwesend waren, die sich aktiv an den Diskussionen beteiligten. Im Anschluß an diese Konferenz stellte die EG die Finanzierung eines FAP-Informationszentrums in Aussicht.

Zu 2. a):

Komponente FAP 20

Ziel ist die Entwicklung von Konzepten für den wasserwirtschaftlichen Betrieb von parzellierten Poldern. Wesentliches Element hierbei ist die Beteiligung der Bevölkerung im Projektgebiet bei Planung und Betrieb des Polders.

Im Rahmen eines mehrstufigen Prozesses wurde die Bevölkerung im Projektgebiet zunächst innerhalb von drei Monaten in 100 Gemeinden zu ihrer Einschätzung der Hochwasserproblematik und möglicher Lösungsansätze befragt (needs assessment). Angeprochen wurden dabei 2400 Personen aus den wichtigsten sozia-

len Gruppen (Bauern, Fischer, Landlose und Frauen). In einem weiteren Schritt werden bis Ende 1993 ca. 10 000 Personen konsultiert werden.

Auf dieser Basis soll ein erfolgversprechendes Konzept erarbeitet werden. Es ist beabsichtigt, für den Betrieb des Polders eigene Institutionen aufzubauen (Wassernutzergruppen, Polderverwaltung usw.), die eine Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen im Rahmen einer weitgehend dezentralen Selbstverwaltung des Polders gewährleisten.

Zu 2. b):

Nichtstrukturelle Maßnahmen waren nicht Gegenstand und Inhalt des Fragenkatalogs.

Nur die Küstengebiete sind von Sturmfluten betroffen. Bei regenbedingten Überschwemmungen im Landesinneren hingegen steigt der Wasserspiegel nur langsam an. Flutschutzbauten werden daher in der zentral gelegenen Region Tangail nicht benötigt.

Zu 2. c) und d):

Vergleiche auch Antwort zu Frage 2 a).

Die Befragungen der Bevölkerung erstreckten sich auf einen Zeitraum von insgesamt drei Monaten (und nicht nur auf drei Wochen).

Die Baumaßnahmen (Ausbaggern von versandeten Wasserabflusskanälen, Reparatur eines regelbaren Wassereinlasses) sind grundlegende, vom späteren Konzept unabhängige Rehabilitierungsarbeiten. Mit diesen wurde nicht vor Beginn der Konsultationen, sondern erst 1993 begonnen. Die Ergebnisse der noch laufenden Konsultationen werden wie geplant berücksichtigt und in das eigentliche Konzept einfließen.

Zu 2. e):

Vergleiche auch Antwort zu Fragen 2 und 2 a).

Die Bundesregierung ist der Ansicht, daß der bislang vom Projekt verfolgte Weg erfolgversprechend und unter Berücksichtigung der schwierigen Rahmenbedingungen angemessen und realistisch ist. Das Projekt steht mit mehreren Nichtregierungsorganisationen, u. a. den lokalen Vertretungen der Grameen Bank, in Kontakt.

III. Wirtschaftlichkeit und ökologische Bedenken

3. Ist die Bundesregierung wie die Weltbank der Auffassung, daß eine umfassende Flutkontrolle auch zum wirtschaftlichen Aufbau Bangladeshs beiträgt und sich auf diesem Wege die Ernteerträge steigern lassen?

Aufgrund welcher Daten vertritt die Bundesregierung die Auffassung der Weltbank in diesem Punkt, bzw. lehnt sie sie ab?

- a) Wie schätzt die Bundesregierung die zum Teil sehr geringen Ertragsraten ein, die von agrarwissenschaftlichen Experten prognostiziert werden?

- b) Ist bezüglich der erwarteten Ertragssteigerungen in der Landwirtschaft eine fundierte Kosten-Nutzen-Analyse aufgestellt worden oder ist dies im Verlauf der ersten Phase des FAP geplant?
- c) Ist dabei der Tatsache Rechnung getragen worden, daß sich den Überflutungen des Ackerlandes in der Vergangenheit Rekordernten anschlossen?
- d) Teilt die Bundesregierung die Auffassung vieler Nicht-regierungsorganisationen, daß in Ausmaß und Dauer begrenzte Überflutungen des Ackerlandes für die Bodenfruchtbarkeit und somit für die landwirtschaftlichen Erträge von positiver Bedeutung sind?
- e) Wie bewertet die Bundesregierung die Änderung des FAP-Konzeptes weg von einer „Kontrolle der Flut“ und hin zu einem besseren „Umgang mit der Flut“ als eine mögliche Alternative für die zukünftige Gestaltung der Flutpolitik in Bangladesch, die sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert?

Vergleiche auch Ziffer I, Allgemeine Bemerkungen.

Zu 3. a):

Der Bundesregierung sind die in der Anfrage genannten Expertenschätzungen nicht bekannt.

Zu 3. b):

Detaillierte Kosten-Nutzen-Analysen werden in der Studien- und Testphase nicht für den FAP als Ganzes erstellt, sondern sind für spätere konkrete Maßnahmen vorgesehen.

Zu 3. c):

Den Flutkatastrophen 1987 und 1988 schlossen sich Rekordernten in der darauffolgenden Trockenzeit an; ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Katastrophen und nachfolgenden Rekordernten lässt sich daraus nicht ableiten. Es ist jedoch auch darauf hinzuweisen, daß diesen massive Einbußen bei den vorhergegangenen Monsunernnten durch die von den Überflutungen angerichteten Schäden vorangingen.

Zu 3. d):

Die jährlich wiederkehrenden Überschwemmungen des Ackerlandes sind zentraler nutzbringender Bestandteil der Landwirtschaft in Bangladesch.

Zweck der zahlreichen Flood Control and Drainage Projekte (FCD), die in den letzten Dekaden durchgeführt worden sind, war stets die Beschränkung der Überschwemmungen auf ein nutzbringendes Maß und die Gewährleistung der Entwässerung, um zu hohe Wasserstände zu vermeiden, die eine Zerstörung der Ernte bewirken können.

Dies ist auch Ziel der gegenwärtigen Untersuchungen.

Zu 3. e):

Vergleiche auch Ziffer I, Allgemeine Bemerkungen.

Die Bundesregierung ging von Anfang an von einem Konzept des „Umgangs mit der Flut“ aus. Diese Meinung hat sich auch allge-

mein durchgesetzt, wie auf der FAP-Konferenz im Mai 1993 in Dhaka deutlich wurde.

4. Welche Untersuchungen sind der Bundesregierung bekannt, die sich insbesondere auf die Entwicklung der Binnenfischerei beziehen und der Tatsache Rechnung tragen, daß durch Eindiechung und Einpolderung zahlreiche Lebensräume für Fische vernichtet werden?
 - a) Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus im Hinblick auf die Gestaltung des FAP?
 - b) Hat in diesen Untersuchungen Beachtung gefunden, daß zwei Drittel der gesamten Fischproduktion Bangladeshs aus der Binnenfischerei stammen, wovon wiederum die Hälfte aus den überfluteten Gebieten und Feldern stammt?
 - c) Ist dabei ferner berücksichtigt worden, daß die ländliche Bevölkerung Bangladeshs auf Fisch als Lieferant von etwa 80 Prozent des tierischen Proteinbedarfs angewiesen ist und etwa drei von vier Familien in der Fischerei tätig sind?
 - d) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß in dem von der Weltbank finanzierten „Chandpur Irrigation and Flood Control Project“ eine Verminderung des Fischbestandes um ein Drittel beobachtet wurde?
 - e) Sind der Bundesregierung Beobachtungen bei anderen Flutkontroll-Projekten bekannt, nach denen Eindiechungen zu beträchtlichen Einschränkungen der Artenvielfalt führten?
 - f) Wie planen die Bundesregierung und ihre Partner solche Entwicklungen in Folge des FAP zu verhindern bzw. einen entsprechenden Ausgleich für die betroffene Bevölkerung zu sichern?

Zu 4. a) bis c):

FAP-Komponente 17 befaßt sich ausschließlich mit den möglichen Auswirkungen von Hochwasserschutzvorhaben und Poldern auf Fischbestände, Binnenfischerei, Artenvielfalt usw. Darüber hinaus enthalten die Regionalstudien und auch FAP 20 entsprechende Untersuchungen. Die Studie zu FAP 17 liegt der Bundesregierung bisher noch nicht vor. Ihre Ergebnisse werden sorgfältig zu analysieren sein. Weitere Untersuchungen sind ihr nicht bekannt.

Die in den Fragen b) und c) angesprochenen Probleme sind der Bundesregierung bekannt und werden nach Vorliegen der o. g. Studie auch im Hinblick auf die Fortführung des FAP in die Erörterungen einbezogen werden. Im Rahmen der entsprechenden Studien und der weiteren Planung wird diesen Aspekten Rechnung getragen [siehe auch 4.f)].

Zu 4. d):

Nach Angaben des Fischereiministeriums von Bangladesch wurde zwei Jahre nach Beendigung des „Chandpur Irrigation and Flood Control Project“ eine Verminderung der Fischbestände um 35 % festgestellt. Aus diesem Grund wurde in den FAP die Erstellung einer Fischerei-Studie (FAP 17) einbezogen. Im übrigen ist für alle FAP-Projekte die Prüfung ihrer Auswirkungen auf die Fischbestände obligatorisch.

Zu 4. e):

Nein.

Zu 4. f):

Es ist unbestritten, daß Bauern und Fischer zum Teil gegensätzliche Ziele und Interessen haben. Im Rahmen von FAP 20 sollen auch institutionelle Konzepte zur Regelung möglicher Konflikte zwischen Bauern und Fischern entwickelt werden.

5. Wie beurteilt die Bundesregierung den durch die Weltbank maßgeblich geförderten Aufbau der Garnelenproduktion im Hinblick auf die beträchtlichen Auswirkungen auf die Umwelt?
 - a) Wie beabsichtigt die Bundesregierung der dem Schutz vor Sturmfluten äußerst kontraproduktiv gegenüberstehenden Abholzung der Mangrovenwälder entgegenzuwirken, wie sie infolge der Ausweitung der Garnelenproduktion an der Küste beobachtet werden?
 - b) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Konsequenzen der Garnelenaufzucht im Hinblick auf die Versalzung von Böden, die Umsiedlung von Bauern, die ungleiche soziale Verteilung des Gewinns und die daraus entstehenden Abhängigkeiten armer Bauern gegenüber reichen Besitzern von Garnelenfarmen?
 - c) Hat die Bundesregierung auf die Weltbank Einfluß genommen und darauf gedrängt, daß beim Aufbau dieses Produktionsbereiches nicht allein die Schaffung einer ertragreichen Devisenquelle ein hinreichendes Kriterium sein kann?
 - d) Wie nimmt die Bundesrepublik Deutschland, die in großem Umfang als Abnehmerin von Garnelen auftritt, Einfluß auf die ökologische und soziale Verträglichkeit der Garnelenproduktion?

Der von der Weltbank geförderte Aufbau der Garnelenproduktion in Bangladesch ist nicht Bestandteil des FAP. Ein direkter Zusammenhang zum FAP ist daher nicht erkennbar. Die beiden von der Weltbank finanzierten Garnelenzucht-Projekte „Shrimp Culture Project“ und „Third Fisheries Project“ enthalten explizite Umweltkomponenten, die bereits zu Verbesserungen im ökologischen Bereich geführt haben. Zudem werden in beiden Projekten Garnelen-Kleinproduzenten beraten, um zu verhindern, daß sie ihr Land aus Unwissenheit verkaufen oder von Großproduzenten übervorteilt werden. Der Import von Garnelen in die Bundesrepublik Deutschland machte 1991 insgesamt nur rd. 7,6 % der Gesamteinfuhren (wertmäßig) aus Bangladesch aus und ist rückläufig.

Weitere Informationen liegen der Bundesregierung nicht vor.

6. Ist es richtig, daß Mittel in Höhe von über 10 Mrd. US-Dollar in einem Zeitrahmen von 15 bis 20 Jahren zur Umsetzung des FAP vorgesehen sind?
 - a) Wenn nein, in welchem Planungsrahmen befinden sich etwa die Kosten der für die im FAP vorgesehenen Maßnahmen, wenn der Plan auch nach 1995 fortgeführt wird?
 - b) Welchen Anteil gedenkt die Bundesregierung nach 1995 beizusteuern?
 - c) Welcher Anteil der gesamten Aufwendungen für den FAP (bis 1995 und auch danach) werden Bangladesch als Kredite gewährt?
 - d) Wie werden die Bundesregierung und die Gebergemeinschaft gewährleisten, daß Bangladesch durch die zusätzliche Schuldenlast nicht in weitere Abhängigkeiten und Zwänge gerät bzw. wirtschaftliche Entwicklung aufgrund eines kaum zu bewältigenden Zins- und Tilgungsdienstes verhindert wird?

Vergleiche auch Ziffer I, Allgemeine Bemerkungen.

Zu 6. a) und b):

Für den FAP gibt es bislang keinen übergeordneten Budgetplan. Dieser kann erst nach Vorliegen aller Studien- und Testergebnisse für eine mögliche 2. Phase erstellt werden, wenn feststeht, aus welchen Projekten (nach Art und Umfang) diese bestehen soll.

Die z. Z. in Durchführung befindlichen FAP-Komponenten werden auf der Basis individueller Zusagen bi- und multilateraler Geber finanziert. Eine Budgetplanung der Bundesregierung für eine mögliche 2. Phase gibt es nicht.

Zu 6. c):

Die Kosten der laufenden FAP-Komponenten (rd. 130 Mio. US-Dollar) werden fast ausschließlich aus Zuschüssen der Geber finanziert. Lediglich die Weltbank hat im Rahmen des FAP einen Kredit zu IDA-Konditionen in Höhe von 5,4 Mio. US-Dollar vergeben; das sind nur rd. 4 % der Gesamtkosten aller 26 FAP-Komponenten.

Zu 6. d):

Bangladesch erhält im Rahmen der EZ von der Bundesregierung nur Zuschüsse (grants). Dies gilt auch für den deutschen Finanzierungsbeitrag zum FAP (Phase I). Eine zusätzliche Schuldenlast entsteht Bangladesch dadurch nicht.

IV. Umsiedlung/Enteignung

7. Wie schätzt die Bundesregierung die Berechnungen einer französischen Studie (French Engineering Consortium) ein, nach der die Volleindeichung der drei großen Ströme Bangladeshs eine Umsiedlung von bis zu 5 Mio. Menschen notwendig machen würde?
 - a) Auf welche Art und Weise wollen die Bundesregierung und ihre FAP-Partner die sozialen Folgen der bei großangelegten Flußeindeichungen und Einpolderungen voraussichtlich notwendig werdenden massiven Enteignungen und Umsiedlungen abfedern?
 - b) Liegen der Bundesregierung Zahlen vor, die das Ausmaß von Enteignung und Umsiedlung bei einer Fortführung des FAP beschreiben?
Wenn nein, auf welcher Grundlage trifft die Bundesregierung ihre Entscheidungen bezüglich ihrer weiteren Teilnahme am FAP?
 - c) Existieren entsprechende Pläne, die sich auf die Realisierung von Umsiedlungs- und Kompensationsmaßnahmen beziehen?
 - d) Wie soll bei der Umsetzung von Enteignungen und Umsiedlungen einem Anstieg der Zahl der Menschen ohne Landbesitz und einer weiteren Polarisierung zwischen diesen und wenigen Großgrundbesitzern in Bangladesch vorgebeugt werden?
 - e) Was geschieht mit den etwa 1,5 Mio. Menschen, die sich aus Mangel an verfügbarem Land auf den regierungseigenen Flüsseinseln niedergelassen haben und nicht über einen Anspruch auf Kompensation verfügen, aber im Falle der Flußeindeichung umgesiedelt werden müssten?

Zu 7. a) bis e):

Wie bereits oben ausgeführt (vgl. Ziffer I, Allgemeine Bemerkungen) wird die Studie des French Engineering Consortiums im

Rahmen des FAP nicht mehr weiterverfolgt. Die Frage der Voll-eindeichung und entsprechender Umsiedlungen stellt sich daher nicht.

Das derzeit einzige FAP-Projekt, bei dem Umsiedlungen nötig sein werden, ist FAP 21. Für die Testbauten werden ca. 1,5 ha Land benötigt. Maximal 80 Haushalte müssen vermutlich innerhalb der Region umziehen. Im Rahmen des Projektes werden die Eigentümer angemessen entschädigt. Es ist zu erwarten, daß ohne das Projekt dieses Land in den nächsten Jahren von den Wasserfluten weggespült würde und dann die Eigentümer das Land entschädigungslos verlieren würden.

V. Alternativen

8. Wie begründet die Bundesregierung, daß nur ein geringer Bruchteil der im FAP vorgesehenen Mittel für den Schutz vor Sturmfluten in der Bucht von Bengalen verplant ist, obwohl sich diese weitaus verheerender auswirken?
 - a) Wie hoch ist dieser Anteil?

Nach den Sturmfluten im Jahr 1991 wurden zahlreiche geber-finanzierte Programme zur Errichtung von Sturmflutschutzbauten in den Küstenregionen von Bangladesch begonnen. Diese Programme werden nicht im Rahmen des FAP durchgeführt.

Die Bundesregierung beteiligt sich an den Sturmflutschutzmaßnahmen in folgendem Umfang:

3,7 Mio. DM über die Grameen Bank,
5 Mio. DM zusammen mit dem DRK (Gesamtkosten: 10 Mio. DM),
20 Mio. DM zusammen mit der EG (Gesamtkosten: 45 Mio. DM).

Eine Aussage über den Gesamtumfang der von den verschiedenen Gebern hierfür zugesagten Mittel konnte von bangladeschischen Regierungsstellen nicht gemacht werden.

9. Welche Überlegungen gibt es bei der Bundesregierung, die internationale Kritik am Bau massiver Eindeichungen aufzugreifen?
 - a) Wird die Bundesregierung die Vorstellungen der Bevölkerung und der Nichtregierungsorganisationen bezüglich der schwerpunktmaßigen Förderung nichtstruktureller Maßnahmen (s. o.) unterstützen?
Wenn ja, wie?
Wenn nein, warum nicht?
 - b) Wie bewertet die Bundesregierung die Maßnahmen im einzelnen?

Vergleiche auch Ziffer I, Allgemeine Bemerkungen.

Die Bundesregierung bezieht, wie auch bisher, die internationale Diskussion in ihre Überlegungen ein. Eine Aussage, inwieweit dabei auch nichtstrukturelle Maßnahmen berücksichtigt werden, hängt von der Auswertung der Ergebnisse der FAP-Komponenten ab.

10. Wird die Bundesregierung der Forderung nach einem Moratorium für alle Baumaßnahmen mit gleichzeitiger Einsetzung einer unabhängigen Kommission zur Untersuchung der sozialen und ökologischen Auswirkungen des FAP zustimmen, wie es bei der „Europäischen Konferenz über den Flood Action Plan in Bangladesh“ vom 27./28. Mai 1993 in Straßburg gefordert wurde?

Wenn nein, warum nicht?

- a) Zieht die Bundesregierung ein „Nein“ zum FAP in Betracht, wenn nach Abschluß der Pilotphase die Ergebnisse der Studien die vorgebrachte Kritik bestätigen?

Vergleiche auch Ziffer I, Allgemeine Bemerkungen.

Die Bundesregierung hält ein Moratorium der Baumaßnahmen bei den von ihr unterstützten FAP-Komponenten vor Abschluß der Testphase nicht für sinnvoll, da diese eine notwendige Grundlage für weitere Entscheidungen zum FAP sind. Eine endgültige Entscheidung über eine weitere Beteiligung an im Rahmen des FAP zu finanzierenden Einzelmaßnahmen behält sich die Bundesregierung nach Abschluß der Testphase unter Berücksichtigung der dann vorliegenden Ergebnisse vor.

